

Kreishaus-Bau: Landrat legt Widerspruch ein

Wegen rechtlicher Bedenken wurde das Thema von der Tagesordnung des Kreistags genommen.

Pinneberg (bam). Kaum war der Tagesordnungspunkt aufgerufen, da war er auch schon wieder abgesetzt: Landrat Wolfgang Grimme hat dem Kreistag aus rechtlichen Bedenken untersagt hat, sich mit dem Thema Kreishaus öffentlich zu befassen.

Knackpunkt waren vier Punkte eines Acht-Punkte-Antrags der SPD. Darin heißt es unter anderem: „Die Verwaltung wird aufgefordert, vom Vertrag mit der Firma Impala Immobilien für den Kreishausneubau zum nächstmöglichen Zeitpunkt wegen Vertragsbruches zurückzutreten. Gegen die Firma Impala Immobilien sind wegen Vertragsbruches Regressansprüche geltend zu machen.“

SPD, Grüne und Linke wollten darüber öffentlich diskutieren, CDU und FDP nicht. Das wäre nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu verhindern gewesen. Dafür reichten die 30 Stimmen von Christ- und Freidemokraten (gegen 23 von SPD, Linken und Grünen) nicht. Deshalb widersprach Grimme. Damit durfte das Thema an diesem Tag gar nicht behandelt werden.

Grundlage des Widerspruchs war eine Stellungnahme der



CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann wollte keinen „rechtswidrigen Beschluss“ mittragen. Kreispräsident Burkhard E. Tiemann wollte vier Punkte des SPD-Antrags öffentlich behandeln. Foto: Amsberg

Rechtsabteilung des Kreistags: „Eine öffentliche Behandlung der Anträge der Linken und der SPD in öffentlicher Sitzung des Kreistags wäre rechtswidrig, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls und auch berechtigte Interessen Einzelner (hier: des Investors) eine Ausschließung der Öffentlichkeit erfordern. Sollte eine entsprechende Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Kreistagsabgeord-

neten finden, so müsse der Landrat zwingen diesem ablehnenden Beschluss widersprechen.“

Diese Rechtsauffassung, die die Kreisverwaltung, teilte auch die Kommunalaufsicht des Innenministeriums die SPD-Chef Hannes Birke eingeschaltet hatte. Zumindest die erste vier Punkte des SPD-Antrags hätten nicht öffentlich behandelt werden dürfen. „Ich habe Herren Birke deshalb sogar angeboten, der ersten vier Punkte öffent-

lich, und die anderen vier öffentlich zu behandeln“, sagte Kreispräsident Burkhard E. Tiemann. Birke habe abgelehnt. „Eine schriftlicher Stellungnahme des Innenministeriums lag nicht vor und die Rechtsauffassung des Kreises teile ich nicht“, so Birke. Nun muss der Landrat innerhalb von zwei Wochen seinen Widerspruch schriftlich begründen. Der Kreistag wird sich in seiner April-Sitzung mit dem Widerspruch befassen – öffentlich.